

Ratsreport – Juli 2025

Satzung bringt Bürger auf den Baum



Viele Bürger, die ihre Bäume hegen und pflegen, fühlen sich durch die Satzung gegängelt. Bild: Pixabay

„Mit dieser Satzung sind Sie auf dem Holzweg“ – CDU-Ratsherr Stefan Menke brachte es am Ende seiner Rede auf den Punkt. Doch umstimmen ließ sich die grün-rote Ratsmehrheit nicht mehr. Gegen die Stimmen der CDU beschloss sie in der Juni-Sitzung wie erwartet eine Baumschutzsatzung für die Stadt Oldenburg. 27 Jahre, nachdem ein Bürgerentscheid die erste Fassung 1998 gekippt hatte, werden nun erneut strenge Vorschriften zum Umgang mit dem Grün auf dem eigenen Grundstück erlassen. „Wer Oldenburg nicht kennt, könnte meinen, hier wimmelt es von Umweltsündern, die ohne Rücksicht auf Verluste die Axt anlegen“, kritisierte Menke und zweifelte die Begründung der Verwaltung an. Demnach kommt es angeblich immer wieder vor, dass wertvolle Bäume ohne rechtliche Konsequenzen oder notwendige Nachpflanzungen gefällt werden. Doch so werden Einzelfälle verallgemeinert und dienen als Rechtfertigung

einer aus CDU-Sicht übergriffigen Satzung, begründete Menke: „Damit greift die Stadt unverhältnismäßig in die Privatsphäre und das Eigentum ein.“

Kritik am Beteiligungsverfahren

Gerade die Oldenburger pflegen ihre Grünflächen akribisch und werden dafür nun mit dieser Satzung bestraft. Sie soll sich zwar hauptsächlich gegen Investoren richten, dürfte aber auch zahlreiche Privateigentümer betreffen. Kleine Randnotiz: „Der größte Baumfäller ist immer noch die Stadt – im Zuge von Baumaßnahmen“, betonte Menke und stellte klar: „Eine Baumschutzstrategie, die auf Information und Anreize setzt, hätten wir mitgetragen. Denn auch wir wissen um die Bedeutung der Bäume für das Stadtklima.“ Kritik gab es im Rat zudem am Umgang mit den rund 500 Eingaben der Bürgerinnen und Bürger im Beteiligungsverfahren. Diese seien größtenteils ignoriert worden. Von Sommer 1997 bis März 1998 war die erste Satzung nur wenige Monate in Kraft. Auch dieses Mal sind genug Bürger auf dem Baum...

Großprojekte laufen aus dem Ruder

Stadtmuseum, Weser-Ems-Halle, Flötenteichbad: Die Kosten für Großprojekte in Oldenburg laufen immer mehr aus dem Ruder. Darauf hat die CDU-Fraktion in der jüngsten Ratssitzung mehrmals deutlich hingewiesen.

Weser-Ems-Halle



Die Kongresshalle ist ein wichtiger Ort für viele Veranstaltungen. Bild: Thomas Weber/WEH

Trotz der Kritik an den ausufernden Kosten gab es letztlich grünes Licht für Neubau und Sanierung der Hallen. „Sie sind als Veranstaltungszentrum ein Aushängeschild der Stadt, von dem Oldenburg auch in Zukunft profitieren wird“, begründete Christoph Baak die Zustimmung der CDU. Oldenburg erhalte zwar architektonisch ansprechende und moderne Hallen, gehe mit der städtischen Bürgerschaft aber auch ein erhebliches

Haushaltsrisiko ein, mahnte der Fraktionsvorsitzende: „Die rund 50 Millionen Euro, die vor zwei Jahren Grundlage unseres Ratsbeschlusses waren, sind längst Makulatur. Auch über die 65-Millionen-Euro-Variante spricht niemand mehr. Stattdessen kletterte der Preis zwischenzeitlich auf 83 Millionen, um ihn dann auf gut 78 Millionen Euro runterzurechnen.“

Dennoch sei die Maßnahme „alternativlos“, da die Weser-Ems-Halle nicht verfallen und an Zugkraft verlieren dürfe.

Flötenteich

Absolut bedenklich ist aus Sicht der CDU-Fraktion hingegen die Kostenexplosion am Flötenteichbad. Gegenüber der ursprünglichen Planung 2018 und einer ersten detaillierten Schätzung 2022 haben sich die kalkulierten Kosten auf derzeit rund 82 Millionen Euro nahezu vervierfacht. Ende offen. Aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion in ihrem Ratsantrag den sofortigen Stopp der schwimmenden Photovoltaik-Anlage (Floating-PV) und der Geothermie im neuen Sport- und Gesundheitsbad gefordert. Allerdings ohne Erfolg. „Wir haben keinen Spielraum mehr für teure ideologische Prestigeobjekte und müssen dringend auf die Bremse treten“, kritisierte der Vorsitzende Christoph Baak nach Bekanntwerden der Zahlen: „Oldenburg braucht stattdessen ein funktionsfähiges Schwimmbad mit zuverlässiger Energieversorgung und bezahlbarem Eintritt.“



Auch finanziell eine große Baustelle: Das neue Flötenteichbad. Bild: CDU-Fraktion

Die Steigerung liege vor allem an groben handwerklichen Fehlern in der Planung, sagte Baak, dürfe aber nicht allein dem früheren Geschäftsführer angelastet werden. Geothermie

(Wärmegewinnung) und schwimmende PV-Anlage auf dem Flötenteich (Strom) verteuern das Projekt mit etwa 12 Millionen Euro zusätzlich. Dem Vorwurf, die Politik habe hinsichtlich der Kostenexplosion weggeschaut, widerspricht die Fraktion. „Wir als CDU haben immer wieder davor gewarnt, nur wollte die grün-rote Ratsmehrheit inklusive Oberbürgermeister davon nichts wissen“, betonte Dr. Esther Niewerth-Baumann. Auch im Hinblick auf weitere Großprojekte forderte die Fraktionsvorsitzende mehr Disziplin und Kontrolle: „Die finanziellen Vorgaben der Politik müssen wieder ernstgenommen und eingehalten werden.“

Entstanden ist schon jetzt ein finanzieller Scherbenhaufen. Wer diesen künftig zusammenkehrt, ist nach dem kürzlichen Rücktritt des kommissarischen Geschäftsführers ebenso offen.

Nördliche Innenstadt: Fraktion lehnt Rahmenplan ab



Sollen fast komplett verschwinden: Die von Bäumen umgebenen Parkplätze am Pferdemarkt. Bild: CDU-Fraktion

„Es ist ja nur ein Rahmenplan“ – Dieser Satz fällt ein ums andere Mal, wenn inhaltliche Kritik am Vorhaben geäußert wird. Formal ist das zwar richtig, aber bezogen auf die Sanierung der Nördlichen Innenstadt enthält der Plan schon zu diesem Zeitpunkt eine deutliche Vorfestlegung. Darauf wies Olaf Klaukien in der Ratssitzung am 30. Juni deutlich hin. „Wir kennen das von vielen vergleichbaren Fällen. Am Ende zeigen Sie keine Änderungsbereitschaft

und der Rahmenplan wird eins-zu-eins übernommen“, sagte der baupolitische Sprecher Richtung grün-rote Ratsmehrheit, die der Vorlage wie erwartet zustimmte.

Die Hauptkritik der Fraktion richtet sich gegen die Verkehrsplanung rund um den Pferdemarkt. „Es handelt sich hierbei um eine erhebliche Verschlechterung“, begründete Ratsherr Stefan Menke die Ablehnung durch die CDU. Fast alle ebenerdigen Parkplätze sollen wegfallen, stattdessen eine mehrstöckige Parkgarage am Pferdemarkt errichtet werden. Zudem werden zum Beispiel Marktbesucher in die Tiefgarage am Stadtmuseum gelotst, die nebenbei bemerkt erst noch für einen hohen zweistelligen Millionenbetrag saniert werden muss. „Das alles ist praxisfremd“, sagte Menke. Damit werde die Erreichbarkeit der Innenstadt – vor allem für auf das Auto angewiesene Senioren, aber auch für Handwerker und Zulieferer – deutlich erschwert. Fraktionschef Baak sah in den Plänen zwar auch positive Aspekte, vor allem hinsichtlich Gestaltung und Aufenthaltsqualität, kritisierte aber ebenfalls die mangelhafte Verkehrsplanung vor allem im Hinblick auf den ÖPNV.

Fliegerhorst: Gegengutachten schürt Misstrauen

Mit einer Spontan-Stellungnahme der Unteren Bodenschutzbehörde und einem umstrittenen Gegengutachten hat die Stadt Oldenburg auf die Vorwürfe illegaler Giftmüllentsorgung auf dem Fliegerhorst reagiert. „Das hat nicht gerade zur Aufklärung und zur Vertrauensbildung beigetragen“, kritisierte Fraktionschef Christoph Baak die Reaktion auf das Gutachten der Staatsanwaltschaft zum „unerlaubten Umgang mit Abfällen“. Auf die Praxis, Gutachten deren Ergebnisse einem nicht passen, in Frage zu stellen, habe Oberbürgermeister Krogmann bei anderen Gelegenheiten immer sehr empfindlich reagiert. „Im aktuellen Fall verhält er sich jedoch genauso und setzt seine bislang misslungene Kommunikation damit fort“, sagte Baak: „Allein der Verdacht, dass krebserregende Stoffe nicht fachgerecht entsorgt worden sein könnten, duldet keine Relativierung. Schließlich geht es um die Gesundheit von Menschen.“



Muss für Aufklärung beim Fliegerhorst sorgen: Die Stadt Oldenburg und allen voran der OB. Bild: CDU-Fraktion

Statt Aufklärung zu betreiben, stelle der OB das Gutachten der Staatsanwaltschaft in Frage, denn die „Feststellungen könnten fehlerhaft sein“, wie es in der mit Konjunktiven gespickten Stellungnahme der Unteren Bodenschutzbehörde heißt.

„Doch was ist, wenn sie stimmen“, fragen sich Baak und sicherlich auch viele besorgte Bürgerinnen und Bürger. Die CDU-Fraktion fordert daher die Rückkehr auf die Sachebene verbunden mit Transparenz statt Verharmlosung.

Neue Erste Stadträtin: Fraktion gratuliert Dr. Figura zur Wahl



Blumen und Nervennahrung: Die Fraktionsspitze gratulierte Dr. Julia Figura zur Wahl. Bild: CDU-Fraktion

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion hat der Rat Finanzdezernentin Julia Figura zur Ersten Stadträtin gewählt. Damit ist die 45-Jährige offizielle Vertreterin von Oberbürgermeister Jürgen Krogmann. Der Posten war seit dem Ausscheiden ihrer Vorgängerin Silke Meyn unbesetzt. Die Fraktionsvorsitzenden Dr. Esther Niewerth-Baumann und Christoph Baak gratulierten Figura zur Wahl und wünschten ihr eine glückliche Hand für die zusätzlichen Aufgaben.

Zudem trat am 1. Juli der neue Dezernent für Kultur, Schule, Sport und Gebäudewirtschaft, Holger Denckmann, sein Amt in Oldenburg an. Der neue Sozialdezernent Jan Bembenek ist bereits seit Anfang Juni an Bord.

Mit dem Rat auf Tour



Oldenburg von oben: Die CDU-Fraktion war bei der Tour des Rates, hier im Rohbau des Stadtmuseums, gut vertreten: Bild: CDU-Fraktion.

Ratstour nach Sitzungsmarathon: Einen Tag nach der fast sechsstündigen Ratssitzung am Montagabend war die Kommunalpolitik am 1. Juli in der Stadt unterwegs. Zwei Etappen standen bei der diesjährigen „Tour des Rates“ auf dem Programm: die Besichtigung des Rohbaus am Stadtmuseum und eine Führung durch das Oldenburger Wasserwerk. Bei Sommerhitze und Temperaturen von mehr als 30 Grad nahmen für die CDU-Fraktion Dr. Esther Niewerth-Baumann, Petra Averbeck, Annika Eickhoff, Klaus Raschke und Stefan Menke teil.

Die CDU-Fraktion wünscht einen entspannten und erholsamen Sommer sowie eine schöne Ferienzeit!

